



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:
www.tagesschau.de/inland/gewalt-amtstraeger-101.html



Gewalt gegen Amtsträger "Die Leute werden immer aggressiver"

Stand: 12.02.2020 12:00 Uhr

Beleidigt, bedroht, angegriffen: Gerichtsvollzieher, Polizisten oder Lehrer erleben das immer wieder. Eine neue Studie für Hessen zeigt, wie gravierend das Problem ist.

Von Gerrit Rudolph, HR

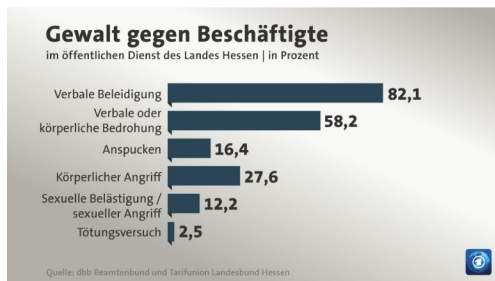
Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 war die brutalste Gewalttat gegen einen Amtsträger in der jüngeren deutschen Geschichte. Immer wieder machen Angriffe auf Behördenmitarbeiter Schlagzeilen. Bisher gab es kaum verlässliche Zahlen zu diesem Phänomen. Der Deutsche Beamtenbund (dbb) und die Universität Gießen haben nun eine Studie zur Gewalt gegen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst des Landes Hessen vorgestellt.

Bis hin zu Tötungsversuchen

Demnach sehen sich vor allem Justizvollzugsbeamte und Gerichtsvollzieher Beleidigungen (98 Prozent bzw. 78 Prozent), Bedrohungen (90 Prozent bzw. 86 Prozent) und Angriffen (57 Prozent bzw. 60 Prozent) ausgesetzt. Die körperlichen Angriffe reichen bis hin zu Tötungsversuchen.

Obergerichtsvollzieher Ludger Roth vom Amtsgericht Königstein im Taunus macht seinen Job seit 25 Jahren. Die Stimmung werde hitziger, berichtet er: "Früher wurden wir als Amtspersonen noch respektiert. In letzter Zeit werden die Leute immer aggressiver. Vor Kurzem hat mich ein Schuldner mit einer Schere bedroht." Vor allem Gerichtsvollzieher fühlen sich von ihren Behörden nicht ausreichend geschützt (72 Prozent).

Von den befragten Polizisten fühlen sich etwa 40 Prozent von ihrem Dienstherrn nicht ausreichend geschützt. Laut Studie erleben sie "gravierendste Gewalt und sind in der Häufigkeit der Vorkommnisse am höchsten belastet." 97 Prozent gaben an, schon beleidigt worden zu sein, 93 Prozent seien bedroht worden, 83 Prozent angegriffen worden.



Mehr Wertschätzung gefordert

Viele Polizeibeamte gaben an, dass sie sich angesichts dieser Herausforderungen mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung wünschen, aber auch mehr Unterstützung durch Vorgesetzte und Politik. "Das Thema Gewalt gegen

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes treibt uns schon einige Zeit um", sagt der Landesvorsitzende des dbb Hessen Heini Schmitt und fordert: "Wir brauchen mehr Respekt für unsere Staatsdiener."

Lehrerinnen und Lehrer werden laut der Studie "in erheblichem Maße bedroht, beleidigt und beschimpft." 13 Prozent der Befragten wurde schon einmal von Schülern bespuckt, 28 Prozent bereits körperlich angegriffen, 58 Prozent bedroht und 80 Prozent beleidigt. "Uns hat überrascht, dass die Lehrer in erheblichem Ausmaß von Schülern aber auch von deren Eltern beleidigt und bedroht werden", so Britta Bannenberg, Leiterin der Studie und Kriminologin an der Universität Gießen.

In ähnlichem Maße erleben Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und Beschäftigte in Jobcentern Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt durch Kunden. Auffällig ist hier, dass zwar die Behördenleitung in fast 60 Prozent der Fälle informiert wurde, aber eine Strafanzeige extrem selten (3 Prozent) erfolgte. Fast die Hälfte der Beschäftigten fühlt sich hier von den Vorgesetzten nicht ausreichend geschützt.

Studie nicht repräsentativ

Für die Studie wurden 2185 Mitglieder des dbb in Hessen befragt, überwiegend gewerkschaftliche organisierte Mitarbeiter und Beamte. Die Befragung erfolgte online und anonym. Die Macher der Studie betonen, die Studie sei nicht repräsentativ. "In allen anderen Bundesländern sieht die Situation wohl ähnlich aus. Das heißt, Beschäftigte der genannten Berufsgruppen werden dort wohl in ähnlichem Maße beleidigt, bedroht und angegriffen", sagt die Leiterin der Studie, Bannenberg.

Laut dbb nehmen die Übergriffe gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst seit Jahren hinsichtlich ihrer Anzahl und ihrer Intensität zu. Alle Bereiche der Verwaltung seien von diesem Phänomen betroffen. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sei ein umfangreiches Maßnahmenpaket erforderlich.

Nicht gut genug vorbereitet?

Viele Beschäftigte fühlen sich laut dbb nicht genügend vorbereitet auf eine plötzlich eintretende Gefahrensituation. Und viele Beschäftigte, die Opfer geworden sind, seien verunsichert und wüssten nicht konkret, wie sie sich verhalten sollten und welche Unterstützungsmöglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen.

Häufig würden eindeutige Straftaten nicht angezeigt. Deshalb sei es wichtig, dass es nach einem relevanten Vorkommnis zur Erstattung einer Strafanzeige komme. Das findet auch Obergerichtsvollzieher Roth aus Königstein im Taunus: "Wenn die Justiz da nichts machen kann, dann wird das auch nicht besser."

Wie die Studie erstellt wurde

Die Zahlen der Studie der Justus-Liebig-Universität zu Gewalt gegen Amtsträger stammen aus einer nicht-repräsentativen Online-Befragung zwischen September und November 2019. Die Fallzahlen beziehen sich auf das gesamte bisherige Berufsleben.

Über dieses Thema berichtete NDR Info am 12. Februar 2020 um 23:30 Uhr.

Angriffe auf Politiker: Was tun gegen den Hass?, 22.01.2020

Steinmeier: "Gegen Klima des Hasses kämpfen", 09.01.2020

Alle Meldungen zum Thema | Gewalt | Beamtenbund | Hasskriminalität



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:

www.tagesschau.de/inland/gewalt-amtstraeger-101.html